

Kreise für Vielfalt – Extremismus aktiv bekämpfen!

Extremismus in jeder Form – ob von rechts oder links, ob politisch oder religiös motiviert – stellt eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar und darf nicht toleriert werden. Auf kommunaler Ebene sind es derzeit insbesondere rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten und Erscheinungen, die Anlass zur Sorge bieten. Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien in Ländern und Kommunen, ein erhebliches Gewaltpotential, das sich immer wieder in Übergriffen gegen Migranten entlädt, fremdenfeindliche Einstellungen, Skinhead-Konzerte und Demonstrationen sind Entwicklungen, die nicht tatenlos hingenommen werden dürfen. Gerade der zunehmenden Attraktivität solcher Gruppierungen und Einstellungen für Jugendliche ist entgegenzutreten.

Die Landkreise haben die sich aus diesen Entwicklungen ergebenden Herausforderungen angenommen und beteiligen sich seit Jahren aktiv an der Bekämpfung des Rechtsextremismus in all seinen Erscheinungsformen. Gerade in den örtlichen Lebenszusammenhängen der Menschen lassen sich Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen, so dass hier entscheidende Möglichkeiten bestehen, sie wirksam zu bekämpfen. Die kommunale Selbstverwaltung bietet den Akteuren vor Ort die Chance, mit individuellen Lösungen und Ansätzen nicht nur flexibel und schnell auf konkrete Aktionen des rechten Spektrums zu reagieren, sondern auch mit präventiven Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass solches Gedankengut keinen Nährboden vorfindet. Die politisch Verantwortlichen, also die Kreistage und Landräte stellen sich deshalb der Auseinandersetzung und setzen sich durch Wort und Tat für Freiheit, Toleranz und Vielfalt als Grundbedingungen eines gedeihlichen Zusammenlebens vor Ort ein.

Im Einzelnen bedeutet dies insbesondere:

- Die Landkreise nutzen ihre Handlungsmöglichkeiten u. a. im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, als Schulträger oder auch als Träger von Musikschulen, um – im engen Zusammenwirken mit den Gemeinden – gerade Kindern und Jugendlichen attraktive Angebote zu unterbreiten. Dass Kinder und Jugendliche allein aus Mangel an Alternativen auf Freizeitangebote rechter Organisationen zurückgreifen, ist nicht hinnehmbar. Vereine und Verbände, die sich auf diesem Gebiet engagieren, werden von den Landkreisen im Rahmen des Möglichen gefördert.
- Besonders wichtig im Kampf gegen Rechts ist auch, dass die Integration von Migrantinnen und Migranten gelingt. Insoweit spielen die Landkreise eine wichtige Rolle. Im Nationalen Integrationsplan haben die kommunalen Spitzenverbände Empfehlungen für eine erfolgreiche Integrationspolitik vor Ort abgegeben. Dazu gehört auch die Vernetzung der Akteure vor Ort, die nicht nur für die Integration, sondern generell im Sinne einer Stärkung bürgerschaftlichen Engagements bedeutsam ist.

- Unverzichtbarer Bestandteil einer „Null-Toleranz-Strategie“ gegen Extremismus ist, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die die Rechtsordnung für die Bekämpfung von Organisationen oder Einzelpersonen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Ordnung des Grundgesetzes wenden, bereit hält. Auch insoweit sind die Landkreise aktiv, sei es, dass sie die entsprechenden Vorschriften selbst vollziehen, sei es, dass sie den kreisangehörigen Gemeinden insoweit beratend zur Seite stehen.
- Von Bedeutung können auch Erklärungen und Resolutionen sein, in denen die Mitglieder der Kreistage ihre Ablehnung gegenüber jeglicher Form von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus klar formulieren und damit für jedermann deutlich machen, dass in ihrem Landkreis für rechtes Gedankengut kein Raum ist.

Trotz allem Engagements darf aber nicht übersehen werden: Auch wenn den Landkreisen, Städten und Gemeinden die Aufgabe der konkreten Bekämpfung vor Ort zukommt, sind doch die Ursachen für das Erstarken des Rechtsextremismus vielfach auch gesellschaftlicher Natur und können von den Kommunen nur teilweise beeinflusst werden. Das gilt insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung und die daraus resultierende Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg. Deshalb ist die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus eine Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten betrifft. Dabei sind die Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände, Unternehmen und die demokratischen Parteien einzubinden.

Das Erstarken rechtsextremistischer Parteien und Vereinigungen fordert vor diesem Hintergrund alle demokratischen Kräfte heraus, sich mit dem Phänomen auseinander zu setzen und Position zu beziehen. Der Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Landesregierung und die demokratischen Fraktionen des Landtags bei ihren Anstrengungen, rechtsextremistischen Bestrebungen Einhalt zu gebieten. Er ist Mitunterzeichner der Initiative „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ für Demokratie, gegenseitigen Respekt und Toleranz. Der Landkreistag begrüßt es außerdem, dass der Bund Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verfügung stellt. Er unterstützt ferner die bundesweite Initiative „Orte der Vielfalt“, durch die besonders aktive Kommunen für ihr Engagement gegen Rechts ausgezeichnet werden.

Die Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern bekennen sich zu ihrer Verantwortung beim Schutz der Demokratie und bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.